

EVP-Nationalrätinnen

Maja Ingold ZH

maja.ingold@parl.ch

079 339 23 22

Marianne Streiff BE

marianne.streiff@parl.ch

079 664 74 57

Sessionsbericht

Nr. 5 / Herbst 2011

Liebe Leserinnen und Leser

Die diesjährige Herbstsession stand unter besonderen Vorzeichen: Parallel zu den Sitzungen des Nationalrates trat der Wahlkampf für die Neubestellung des Eidgenössischen Parlamentes in seine heisseste Phase. So standen wir fast allabendlich nach reichbefruchteten Sessionstagen kantonsweit auf einem Ständeratspodium. Dazu kamen Interviews, Medienauftritte und Umfragen verschiedenster Art. Kurz gesagt: Bunter, herausfordernder und belastender hätten die letzten Wochen kaum sein können. Trotzdem teilen wir gerne mit Ihnen einige Schwerpunkte der Herbstsession.

Kompromiss bei der Managed Care – Vorlage

Wer an der freien Arztwahl festhält, soll neu einen höheren Selbstbehalt bezahlen, aber nicht soviel, wie der Nationalrat ursprünglich wollte. Sein Ziel war, mit 20% einen möglichst grossen Anreiz zu setzen, in ein integriertes Versorgungsnetz einzusteigen. Gegenüber den bisherigen 10% Selbstbehalt wäre das sehr viel und würde zB. chronisch kranke Menschen bestrafen, die nicht mehr ihre ganze medizinische Versorgung umstellen möchten oder auch Menschen, die in Regionen wohnen, wo der Aufbau von Ärztenetzwerken schwieriger ist und länger dauern wird. Deshalb hat der Ständerat von Anfang an auf eine moderatere Erhöhung gesetzt, die nach langem Hin- und Her zwischen den Räten in der Einigungskonferenz siegte. Zu reden gab auch nochmals das Obligatorium für die Krankenkassen. Müssen sie integrierte Versorgungsmodelle anbieten oder soll das freiwillig sein? Linke und Rechte waren darüber gar nicht einig, obwohl auch die Bürgerlichen Parteien ja daran interessiert sind, dass solche Netzwerke schnell aufgebaut werden und ein Obligatorium diesen Prozess beschleunigen würde. Doch wegen der zahlreichen Kassenlobbyisten und dem Glauben an die beste Qualität, die im freien Markt entsteht, wollten sie es den Versicherern freistellen. Managed Care muss letzten Endes durch die Qualität überzeugen. Die Obligatorien und hohen Straf-Selbstbehalte bei den Arztkosten schaffen auch keine Akzeptanz im Volk. Weil von der SP das Referendum ergriffen wird, wird das Volk sich dazu äussern können. Wir haben im Nationalrat der Vorlage so zugestimmt.



IN DIESEM BERICHT

Managed Care-Vorlage	1
Sondersession Migration	2
Treibstoffabgaben vom Tisch	2
Bausparinitiativen	3
Friedensförderung	3
Geldspiele / Jugendschutz	4
Kinderadoption gleichgeschl. Paare	4
Armee / Kampffjets	5
Weitere Beschlüsse	6
Rund um Session u. Bundeshaus	6



Sondersession Migration

Der Vormittag des 28.09.2011 war ausschliesslich der Beratung von 83 themenreichen Vorstössen gewidmet. Davon überlebten nur einige wenige. Der Rat beschloss ein Burkaverbot im öffentlichen Verkehr und will, dass Einbürgerungswillige ein Bekenntnis zu den Grundwerten der Verfassung abgeben. In ihrem Votum unterstrich Marianne Streiff, dass Politik und Verwaltung über genügend lösungsorientierte Ansätze verfügen, um zweckmässige, wirtschaftlich tragbare und wirksame Massnahmen im Migrations- und Asylbereich durchzusetzen. Beim Thema Freizügigkeit zum Beispiel muss das Aufenthaltsrecht konsequent umgesetzt werden; es darf nicht unterlaufen werden. Dazu müssten die Migrationsämter aufgestockt, aber auch die Koordination und der ungehinderte Datenaustausch zwischen den verschiedenen Behörden erleichtert werden. Weiter gilt es, jede Form von Lohndumping zu bekämpfen, und schärfere Sanktionen gegen Scheinselbstständigkeit sind unerlässlich. Die EVP will, dass Asylgesuche künftig deutlich schneller bearbeitet werden können. Wir wollen unseren Spielraum konsequent ausnützen, wir wollen aber einen fairen und respektvollen Umgang mit unserer ausländischen Bevölkerung.



Die Treibstoffabgabe ist vom Tisch

Das neue Gesetz für den Klimaschutz nach 2012 gehört zu den umstrittensten Geschäften der zu Ende gehenden Legislatur. Wir Ratsmitglieder bekamen Briefe von den Wirtschaftsverbänden wie Economiesuisse, Gewerbeverband und TCS. Man heizte uns an und drohte mit einem Referendum, falls die Reduktion des CO2 nicht auch zum grossen Teil (mind. 50%) im Ausland erreicht werden könnte. Ausserdem sei auf eine CO2-Abgabe auf Treibstoff zu verzichten. Am liebsten hätte Economiesuisse das ganze Gesetz versenkt. Die Verfechter eines ambitionierten Klimaschutzes mussten taktieren. Lieber der Spatz in der Hand... Alle Anträge für eine CO2-Abgabe auf Treibstoffen wurden zurückgezogen. Und so haben wir wenigstens ein Gesetz, das die Schritte zur Erreichung des Klimaziels regelt.

Aus dem Votum von Marianne Streiff

Die EVP negiert in keiner Weise, dass sich die Stimmung in der Schweiz gegenüber der ausländischen Bevölkerung in den letzten Jahren massiv verschlechtert hat. Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt. Sie werden uns in teilweise allzu abstrakter, ja unzumutbar verkürzter Form vor Augen geführt. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich z. B. in den Bereichen Wohnen und Arbeiten bedroht. Von der Politik werden zu Recht Lösungen gefordert. Wer diese sofort verspricht, hat natürlich Stimmenerfolg. Wir brauchen aber nicht Versprechen, die nicht eingehalten werden können, sondern wir brauchen nachhaltige Lösungen. Ich und die EVP sind überzeugt, dass die Politik und die Verwaltung über genügend lösungsorientierte Ansätze verfügen, um zweckmässige, wirtschaftlich tragbare und wirksame Massnahmen durchzusetzen...

[Link: Votum Marianne Streiff](#)

Bausparinitiativen werden unterstützt

Gegen den Widerstand des Bundesrates, der Linken, der Grünen und auch der EVP empfiehlt der Nationalrat dem Stimmvolk die beiden Bausparinitiativen zur Annahme. Im Falle einer Annahme der Hauseigentümerinitiative haben die Kantone mit Einnahmefällen von 100 Millionen Franken und der Bund von 40 Millionen zu rechnen und sind deshalb dagegen. Bei der Initiative, die von der Gesellschaft zur Förderung des Bausparens eingereicht wurde, lassen sich die Ausfälle nicht beziffern. Das wäre alles zu rechtfertigen, wenn wirklich der Mittelstand bausparen könnte. Aber die Steuervergünstigungen sind keine gezielte Entlastung von Mittelstandsfamilien, weil diese meist gar nicht so viel auf die Seite legen können um sich Eigentum zu erwerben. Schwellenhaushalte profitieren genau nicht von den Sparmöglichkeiten. So sind es mehr Steuerprivilegien für Gutverdienende, deshalb lehnen wir die Initiativen ab.

310 Millionen für Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte

Vorweg: mit einer guten Mehrheit (ohne die SVP) beschloss der Nationalrat, die Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit weiterzuführen. Die folgenden Ziele werden verfolgt: Erstens soll die Schweiz als Vermittlerin in Friedensprozessen einen Beitrag zur Beilegung von Konflikten legen. Zweitens soll durch die Umsetzung von Programmen der zivilen Friedensförderung ein Beitrag zur Herstellung und Wahrung des dauerhaften Friedens geleistet werden. Drittens strebt der Bundesrat die Stärkung des Menschenrechtsschutzes an. Viertens sollen multilaterale Friedensmissionen und Wahlbeobachtungen unterstützt werden. Fünftens geht es um diplomatische Initiativen zu Themen im Zusammenhang mit Frieden, Menschenrechten, Abrüstung, humanitärer Arbeit und Migration. Sechstens sollen vermehrt Partnerschaften angestrebt werden.

Gerade bei der Vermittlung zwischen Kriegsparteien und bei der Suche nach friedlichen Lösungen hat die Schweiz aufgrund ihrer Geschichte und ihres politischen Systems verschiedene wichtige Vorteile. Dazu zählen ihre humanitäre Tradition, ihre Neutralität, die fehlende koloniale Vergangenheit, ihr unparteilicher und exzellenter Ruf, ihre soliden Netzwerke, die Bedeutung von Genf als internationale Plattform, die grosse Expertise im Bereich der Demokratie und die anerkannten Kompetenzen auf dem Gebiet des Friedens und der Menschenrechte. Gerade die Kompetenzen der Schweiz auf dem Gebiet des Friedens werden oft von den Konfliktparteien selbst nachgefragt.

Die Schweiz hat in diesen Bereichen eine lange Tradition, eine positive Tradition. Es ist die Politik der guten Dienste, es ist die Rolle der Friedensstifterin. Wir bieten der Staatengemeinschaft mit Genf ein Kompetenzzentrum, einen Ort, wo viele wichtige Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen stattgefunden haben und wo auch der Sitz des Uno-Menschenrechtsrates ist. Die Schweiz hat sich mit dieser Art von Aussenpolitik auf der Welt sehr viel Ansehen erworben, mehr Ansehen auf jeden Fall als unsere Grossbanken. Wir sollten diese Politik mit Entschlossenheit, mit Überzeugung fortsetzen, sie ist etwas vom Besten, was die Schweiz macht.



Geldspiele nur mit Jugendschutz und Spielsuchtprävention!

Geldspiele sind nicht wirklich „im Dienste des Gemeinwohls“, wie es die gleichnamige Volksinitiative suggeriert, sondern sie haben schwerwiegende Folgen für Spielsüchtige, ihre Angehörigen und das Gemeinwesen.

Sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag lösen den Zielkonflikt nicht, dass der Nutzen des Geldspiels für Kultur, Sport und Soziales aus der Spielsucht generiert wird. Je mehr ungebremste Spielsüchtige, desto mehr Geld für die Lotteriefonds und deren gemeinnützige Projekte. Deshalb hat Maja Ingold bei der Behandlung in der Rechtskommission gefordert, dass der Bund, wenn er Vorschriften über die Geldspiele erlässt, die Kantone verpflichten muss, auch den Gefahren exzessiven Spielens und dem Jugendschutz Rechnung zu tragen. Insbesondere Geldspiele, welche eine Spielwiederholung in schneller und unbegrenzter Kadenz erlauben, führen zum ruinösen Nonstopspiel und müssten besser kontrolliert werden. Deshalb lauteten die Minderheitsanträge, dass die Suchtprävention für Bund und Kantone Pflicht ist und 0,5% der Bruttoeinnahmen dafür eingesetzt werden müssen. Doch man wollte keine solchen „Details“ in die Verfassung schreiben. Das Minarettverbot lässt grüssen(!), das steht jetzt auch in der Bundesverfassung.

Aus dem Votum von Maja Ingold für die Kommissionsminderheit

Die Minderheit ist der Ansicht, dass die Prävention stärker verfolgt werden müsste als so, wie es im Artikel genannt ist. Je mehr Lotteriegewinne die Kantone nutzen möchten für Projekte sozialer, kultureller und sportlicher Art, desto mehr müssen sie einnehmen und desto mehr Spielsüchtige braucht es dazu. Also: je mehr Spielsucht, desto mehr Einnahmen für die Kantone und für die Projekte. Es ist ein Grundparadox, dass der Gegenvorschlag nicht trennt zwischen Spielen, die ein grosses Suchtpotenzial haben, weil sie einen Sofortgewinn bringen, und Spielen, bei denen das nicht so ist. Alle diese Spiele würden eigentlich in die Spielbanken gehören. Weil das aber nicht möglich ist und weil die Kantone, die Sportverbände und die kulturellen Einrichtungen auf die Einnahmen angewiesen sind, muss dieser Gegenvorschlag wenigstens die Prävention und die Gefahren des exzessiven Spielens berücksichtigen...

[Link: Votum Maja Ingold](#)

Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren können? (Petition Verein Familienchancen)

Die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare, wie sie heute verlangt wird, mutet dem Kind vorsätzlich (bei einer Volladoption) eine Vater- oder Mutterentbehrung zu. Das ist eine grundlegende Verletzung des Kindesrechts. Kinder haben gemäss Verfassung Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung. Dem Wunsch der gleichgeschlechtlichen Paare kann deshalb mit Blick auf das Kindeswohl nicht entsprochen werden, auch wenn damit der Anspruch auf Rechtsgleichheit eingeschränkt bleibt. Denn: in der Gesetzgebung liegt seit Inkrafttreten des Partnerschaftsgesetzes eine rechtliche Ungleichstellung. Homosexuelle Personen bringt es in die absurde Lage, dass sie zwar adoptieren können, solange sie ledig sind. Gehen sie aber eine eingetragene Partnerschaft ein, ist es ihnen verboten. Diese Rechtssituation ist tatsächlich unverständlich. Kindesrecht gegen Erwachsenenrecht. Diese Abwägung derart hoher Rechtsgüter kann aber heute nicht vorgenommen werden. Ausserdem muss die Frage der Stiefkindadoption, die die meisten europäischen Länder erlauben, geklärt werden. Stiefkindadoption bedeutet, dass ein Kind, das einen Elternteil verliert oder gar nie hatte von seinem „Stiefvater“ oder seiner „Stiefmutter“ adoptiert werden kann, auch wenn diese als homosexuelles Elternpaar leben und für dieses Kind seine soziale Familiengemeinschaft bilden, in der es seit Jahren lebt und glücklich ist. Die Stiefkindadoption berücksichtigt in hohem Mass das Kindeswohl. Die Agenda dafür ist gesetzt, Die gesellschaftliche Entwicklung und ihre gesellschaftspolitische Dimension wird es gebieten, an gerechten Lösungen zu arbeiten. Für die Petition heute aber gibt es keine Mehrheit. (Kommissionsberichterstattung [Link: Votum Maja Ingold](#))

Welche Armee braucht die Schweiz?

Wir EVP-Nationalrätinnen hatten es uns anders vorgestellt. Die Vorlage des Bundesrates, 80'000 Angehörige der Armee (AdA) und ein Budget von 4,4 Milliarden entsprach unserer Zielvorstellung, nachdem wir verstanden hatten, dass das Wichtigste nach innen und nach aussen, was diese Armee leisten muss, damit gewährleistet werden kann.

In der Detailberatung nach all den Positionierungen der Parteien ging es dann aber zu wie auf einem Bazar. Angeboten wurden die unterschiedlichsten Armeemodelle zu unterschiedlichsten Preisen. Einmal mit und einmal ohne Kampffjets. Von einem Armeebestand von 30'000, 60'000, 80'000, 100'000 und 120'000. Der Antrag des Bundesrates unterlag und wir unterstützten die Variante 100'000 AdA zu einem Plafonds von 5 Mia. Franken. In diesem Plafond sind jedoch die Ausfinanzierung der bisherigen Rückstände und der Fliegerersatz inbegriffen, was in der Bundesratsvorlage aber nicht enthalten war.

Auch wenn die alten Konzepte des Kalten Krieges und ähnliche Szenarien begraben werden können, gibt es verschiedenste Situationen, in welchen eine gute Armee auch in Zukunft nötig ist.

Über den Kauf von neuen Kampffjets müsste jedoch das Volk das letzte Wort haben, zumal die Initianten für das Kaufmoratorium ihre Volksinitiative eben zurückgezogen haben in der Überzeugung, dass die Aufrechterhaltung nicht mehr nötig sei nach den Versprechungen des Bundesrates.

Bundesrat, Ständerat und Nationalrat einigten sich, dass es den Fliegerersatz braucht. (by the way: wussten Sie, dass die Militärflieger z.B auch für Flugbegleitung von zivilen Flugzeugen gebraucht werden, wenn diese ein Funkproblem haben?) Über den Zeitpunkt der Beschaffung herrschte Uneinigkeit. Die Offerten, die in einem langen Prozess eingeholt wurden, gelten bis Ende Jahr. Die Ausgaben müssen zu 100% in der Schweiz mit Gegengeschäften kompensiert werden. Das heisst, die Firmen, die den Auftrag bekommen, haben für genau gleichviel Geld Aufträge an Schweizer Firmen zu vergeben, was für unsere Wirtschaft sehr wichtig ist.

Zugestimmt haben wir dem Paket erst, nachdem der Bundesrat gesagt hat, dass die entstehende Budgetlücke von 0,6 Mia nicht mit einem Sparpaket in der Bildung und bei der Entwicklungszusammenarbeit gestopft wird. Dieses sagte der VBS-Chef - und zwei Wochen später protestierten seine Kollegen Leuthard und Burkhalter in den Medien und sagten, das ginge nicht ohne Sparpaket.

Volksabstimmung ja oder nein?

Auch wenn es eine ganze Menge sachlicher und rechtlich klarer Begründungen und Argumente gibt, die bei diesem Geschäft gegen eine obligatorische Volksbefragung sprechen, haben die EVP-Nationalrätinnen dem Antrag für eine referendumsfähige Vorlage zugestimmt. Das Thema ist hoch emotional und sollte deshalb unbedingt in einer Volksabstimmung geklärt werden.



Weiter beschloss der Nationalrat:

- mit 137:46 Stimmen bei 9 Enthaltungen (Nationalrat) und 41:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Ständerat) die Revision des Bankengesetzes, mit der systemrelevante Grossbanken neuen Regeln unterworfen werden, damit ein neuer Fall UBS vermieden werden kann.
- mit 163:18 Stimmen erklärte er die Dringlichkeit für das Massnahmepaket gegen die negativen Auswirkungen der Frankenstärke. Am meisten Geld - 500 Millionen Franken - stellen wir der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung, damit diese den erwarteten Anstieg der Kurzarbeit finanziell bewältigen kann.

Diese wichtigen Vorlagen haben wir EVP-Nationalrätinnen mit Überzeugung unterstützt.

Neu eingereichte EVP-Vorstösse:

- Maja Ingold, Motion, vom 30.09.2011:
Suizidprävention. Handlungsspielraum wirkungsvoller nutzen
[Link: Motion Maja Ingold](#)
- Marianne Streiff, Motion vom 29.09.2011
Entlastung für Eltern behinderter Kinder mit Spitex sicherstellen
[Link: Motion Marianne Streiff](#)

Ende der Legislatur

Liebe Leserinnen und Leser, dies ist unser letzter Sessionsbericht in der laufenden Legislatur. Natürlich hoffen wir, auch in den nächsten vier Jahren für Sie in Bern tätig sein zu dürfen. Und schön wär's, wenn die Sessionsberichte dann von einer oder zwei EVP NationalrätInnen mehr verfasst würden. Danke herzlich für Ihre Unterstützung und Treue.



Rund um Session und Bundeshaus:



Maja Ingold im „Kreuzverhör“ der Parteien bei DRS 1 auf dem Bundesplatz



Marianne Streiff beim Einreichen der Petition "Bildung für alle - auch für Jugendliche mit Behinderung"